

# Vorreiter gesucht: Gutes Wohnen für Familien



Was macht gutes Wohnen für Familien im Kreis Unna aus? Das möchte das Handlungsfeld Wohnen und Leben im Bündnis für Familie Kreis Unna erneut wissen und sammelt bis Mitte September wieder Best-Practice-Beispiele für nachahmenswerte Familienwohnprojekte.

Angesprochen sind auch diesmal wieder Wohnungsunternehmen, kommunale Projektträger, Kirchen, Verbände und Privatleute. In dieser Bewerbungsrunde wird der Fokus insbesondere auf Umbauten von Bestandsimmobilien gerichtet.

„Gerade die haben oft aus eigener Betroffenheit heraus tolle Lösungen für familiengerechtes Wohnen entwickelt, ahnen aber meist gar nicht, dass sie beispielgebend sein könnten“, ermutigt Landrat und Schirmherr Michael Makiolla Privatpersonen, bei dem Wettbewerb mitzumachen.

**Familienfreundlichkeit im Blick**

In den Blick genommen werden unterschiedliche Wohn- und Wohnungsformen und familienfreundliche Ansätze wie etwa familienorientierte Maßnahmen im Wohnquartier oder haushaltsnahe Dienstleistungsangebote.

Die Bewerbungsfrist läuft bis zum 18. September. Ein Fachbeirat bewertet anschließend die eingereichten Projekte. Ausgewählte Beiträge präsentiert das Bündnis für Familie dann am 20. Januar 2021 im Kreishaus Unna. Alle Beiträge aus der „Wohnmodell-Sammlung“ werden mit einer Plakette ausgezeichnet.

Informationen zum Projekt und der Bewerbungsbogen zum Download stehen im Internet unter [www.kreis-unna.de/buendnisfamilie](http://www.kreis-unna.de/buendnisfamilie) im Handlungsfeld „Leben und Wohnen“ zur Verfügung. PK | PKU

---

**Unter Corona-Bedingungen  
sollen Gäste Geduld  
mitbringen – Gastro-Öffnung  
im Kreis Unna: „Jedes Bier  
zählt“**



Servieren in Corona-Zeiten: Ohne Hygiene- und Abstandsregeln geht nichts in der Gastronomie. Daher sollten Gäste beim Restaurantbesuch Geduld mitbringen, meint die Gewerkschaft NGG. Foto: NGG

Nach dem Shutdown wieder ins Stammlokal: Restaurants und Kneipen im Kreis Unna sind wieder am Start – doch in Zeiten der Pandemie ist die Geduld der Gäste gefragt. Darauf weist die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) hin: „Wirte und Kellner freuen sich nach extrem harten Wochen auf Kundschaft. Jetzt zählt jedes getrunkene Bier“, sagt NGG-Geschäftsführer Torsten Gebehart. Mit Blick auf Abstands- und Hygieneregeln werde der Restaurantbesuch jedoch ein anderer sein. Gäste sollten mehr Zeit mitbringen als sonst – und auch Verständnis für die Situation des Personals.

„Einerseits soll die Gastronomie endlich wieder Genuss und Geselligkeit möglich machen. Andererseits darf die Branche unter keinen Umständen zum Infektionsherd werden“, so Gewerkschafter Gebehart. Das gelte auch für die Hotellerie,

die ihren Betrieb in den nächsten Wochen langsam wieder hochfahren. Im Kreis Unna beschäftigt das Hotel- und Gaststättengewerbe laut Arbeitsagentur rund 5.400 Menschen. Viele von ihnen seien auf den ersten vollen Lohn nach langer Zeit in Kurzarbeit angewiesen, so die NGG-Region Dortmund. „Deshalb gilt jetzt erst recht: Jedes Trinkgeld tut gut.“

Es komme nun aber vor allem darauf an, den Gesundheitsschutz penibel einzuhalten. Hier sollten Gastronomen genug Personal einplanen. „Wenn eine Gaststätte halb so lang offen hat, heißt das nicht, dass man nur die Hälfte der Service- und Küchenkräfte braucht. Im Gegenteil: Hygiene kostet Zeit. Gerade dann, wenn es jetzt zum Sturm aufs Schnitzel kommt. Ebenso das Umstellen von Buffets auf Tellergerichte oder das bargeldlose Kassieren: Die Gastronomie muss eine ‚Portion Extra-Hygienezeit‘ einplanen. Und wer acht Stunden mit Mundschutz kellnert, sollte auch mal eine Pause mehr machen dürfen“, so Gebehart.

Zugleich profitieren von der Wiedereröffnung des Gastgewerbes auch andere Branchen, betont die NGG. „Über viele Wochen mussten gerade Brauereien die Belieferung der Kneipen und Gaststätten stoppen. Auch ihr Exportgeschäft ist eingebrochen. Jetzt gibt es immerhin einen Lichtblick für die Branche“, sagt Gebehart. Nach einer aktuellen Umfrage des Deutschen Brauer-Bundes haben bislang 88 Prozent aller Brauereien Kurzarbeit angemeldet.

Betroffen ist auch die Ernährungsindustrie: „Zwar haben die Hamsterkäufe gerade zu Beginn der Pandemie bei Nudel- und Konservenherstellern zum Hochbetrieb geführt. Gleichzeitig aber stornierten wichtige Großabnehmer ihre Bestellungen: Vom 10-Liter-Eimer Frittieröl bis hin zum Fassbier – Hotels und Gaststätten fragen jetzt wieder nach“, berichtet Gebehart.

Entscheidend sei zudem, dass auch der Tourismus wieder eine Perspektive bekomme. Viele Menschen fragten sich jetzt, wie sie ihren Sommerurlaub planen können. „Klar ist: Wenn eine



zweite Infektionswelle ausbleibt und das Gastgewerbe durchdachte Lösungen für den Corona-Schutz bietet, dann könnte die Branche bald schon boomen und der Heimurlaub eine Renaissance erleben.“

---

## **SPD-Team bringt ein Blumengröße zu Seniorenheimen in Bergkamen-Mitte**



Es ist eine Geste, die Freunde bringt. Die SPD Bergkamen-Mitte überbrachte zum Muttertag Rosen auch an die Bewohner und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Seniorenheime. Unterstützt wurde sie dabei durch ihren sozialdemokratischen Bürgermeisterkandidaten Bernd Schäfer (r.).

Ortsvereinsvorsitzender Kay Schulte stellte nach seinem Besuch

fest: „Die Situation vor Ort in den Senioren- und Pflegeheimen ist nicht einfach. Vor allen Dingen die emotionale Situation der Bewohner und des Pflegepersonals ist eine Herausforderung für alle Beteiligten!“

Der Umgang und Ideenreichtum der Einrichtungen beeindruckte das Team des Ortsvereins; „Alles möglich wird getan, um die Situation für die Mitbewohner und die Angehörigen so erträglich wie möglich zu machen!“ So können extra aufgestellte Zelte –unter Wahrung der Hygienebestimmungen- ein Treffen ermöglichen. Gerne hätte der gesamte Ortsverein die Abordnung der SPD begleitet, aber auch für diesen Besuch gelten selbstverständlich die Hygienebestimmungen.

„Kay Schulte und der Ortsverein Bergkamen-Mitte werden auch weiterhin immer ein offenes Ohr für die Belange der Einrichtungen und der Mitbewohner haben, dann vielleicht auch wieder mit dem ganzen Team vor Ort sein“ lautete das Versprechen. So bleibt erst einmal die rote Rose – eine kleine Geste, die Freunde bringt.

---

## **Aktionstag „Stark vor Ort – Stark für Familie“: Bündnis für Familie im Kreis Unna macht mit**

Das lokale Bündnis für Familie im Kreis Unna setzt sich vor Ort für Familien ein. Zum Beispiel informiert es während der Corona Pandemie über die Nutzung des Notfall-Kinderzuschlags. Gerade im Rahmen des bundesweiten Aktionstages der Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“, der rund um den

Internationalen Tag der Familie am 15. Mai stattfindet, möchte das Bündnis auf sein Wirken vor Ort aufmerksam machen.

„Unser zentrales Ziel ist es, Familien darauf aufmerksam zu machen, dass sie sich hier vor Ort auf ein starkes Netzwerk aus Ansprechpartnerinnen und -partnern verlassen kann – auch in schwierigen Zeiten wie während der Corona-Pandemie“, erklärt Katja Sträde, die im Januar die Geschäftsführung des Bündnisses im Kreis Unna übernommen hat.

#### Arbeit während der Krise für Familien

So setzt sich das lokale Bündnis mit zahlreichen Partnern in Unternehmen, Kommunen und Verbänden für die Belange von Familien, insbesondere für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ein. Gerade in Krisenzeiten stehen Familien vor vielen Herausforderungen und sind dabei auf passgenaue Unterstützung angewiesen.

Das Lokale Bündnis Kreis Unna engagiert sich mit vielen Projekten für Familien und bietet jetzt spezielle Unterstützungsangebote an, die auf die Bedürfnisse von Familien in Zeiten von Corona reagieren. Dazu gehören Infobriefe die auf Beratungsangebote z.B. für Alleinerziehende hinweisen und Informationen zur Nutzung des Notfall-Kinderzuschlags beispielsweise während des Bezuges von Kurzarbeitergeld.

#### Unterstützung anbieten

Das diesjährige Motto des bundesweiten Aktionstages stellt dieses Engagement in den Fokus: Lokale Bündnisse für Familie sind „Stark vor Ort – Stark für Familie“. Zahlreiche Bündnisse aus ganz Deutschland machen – vor allem über die digitalen Kanäle – rund um den 15. Mai, den Internationalen Tag der Familie, noch einmal verstärkt auf ihre Arbeit und ihre Unterstützungsangebote für Familien aufmerksam.

Weitere Informationen, Angebote und Infobriefe sind unter [www.kreis-unna.de/buendnisfamilie](http://www.kreis-unna.de/buendnisfamilie) zu finden. PK | PKU

---

# **Corona-Hilfen: IHK zu Dortmund begrüßt Zuschuss für Lebenshaltungskosten für Soloselbstständige**

Solo-Selbstständige, Freiberufler und im Unternehmen tätige Inhaber von Einzelunternehmen und Personengesellschaften dürfen einmalig einen pauschalen Betrag für die Monate März und April von insgesamt 2.000 Euro für Lebenshaltungskosten oder einen (fiktiven) Unternehmerlohn ansetzen. Das hat NRW-Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart gestern verkündet.

Stefan Schreiber, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer (IHK) zu Dortmund, begrüßt diese Entscheidung: „Jetzt haben die vielen Selbstständigen aus Kreativ- und Dienstleistungsberufen, wie zum Beispiel auch Taxiunternehmen, endlich Klarheit. Viele dieser Selbstständigen haben gar keine Betriebsmittel, für die sie die Soforthilfen einsetzen könnten. Dass diese Regelung auch für Künstler gilt, ist ebenfalls eine gute Nachricht. Gerade die Kultur- und Kreativwirtschaft macht einen großen Teil der Attraktivität unserer Region aus und ist somit für die gesamte Wirtschaft relevant. Jetzt hoffen wir, dass die neuen Regelungen ohne bürokratischen Aufwand und klar verständlich umgesetzt werden.“

Voraussetzung ist, dass die Soforthilfe im März oder April und gleichzeitig keine Grundsicherung (ALG II) beantragt wurde. Solo-Selbstständige, die das Sofortprogramm für Künstlerinnen und Künstler in Anspruch genommen haben, sind ausgeschlossen.



Alle Solo-Selbstständigen sind verpflichtet, am Ende des dreimonatigen Bewilligungszeitraums eine Erklärung abzugeben. Darin legen sie dar, ob sie die NRW-Soforthilfe vollständig zur Deckung des Corona-bedingt entstandenen Liquiditätsengpasses benötigt haben. Andernfalls müssen sie zu viel erhaltene Hilfe zurückzahlen. Die nun getroffene Regelung sieht vor, dass sie bei diesem Nachweis 2.000 Euro für den Lebensunterhalt ansetzen können. Dazu erhalten alle Zuschussempfänger ein Schreiben mit einem entsprechenden Vordruck sowie einer Ausfüllung-Anleitung.

Die Corona-Hotline der IHK zu Dortmund 0231 5417-444 ist weiterhin von Montag bis Donnerstag zwischen 8:00 und 17:00 Uhr, und Freitag bis 15:00 Uhr zu erreichen. Unternehmen, Gewerbetreibende und Selbstständige sowie Auszubildende bekommen darüber wichtige Informationen rund ums Thema Coronavirus, etwa zu Finanzierungsfragen. Informationen rund ums Thema Coronavirus und dessen Auswirkungen für die Wirtschaft hat die IHK bereits seit mehreren Wochen auf ihrer Internetseite unter [www.dortmund.ihk24.de/coronavirus](http://www.dortmund.ihk24.de/coronavirus) gebündelt. Sie wird regelmäßig aktualisiert.

---

## **Prostituiertenschutzgesetz: 91 Anmeldungen im Kreis Unna**

Mit dem Prostituiertenschutzgesetz sollen die Rechte von Personen im Rotlicht-Gewerbe gestärkt werden. Dazu gehört auch, dass die Prostituierten ihre Tätigkeit anmelden müssen. 91 Personen haben das bis zum Ende des Jahres getan. Das Gesundheitsamt hat zudem 43 Beratungen durchgeführt (2018: 30). Darin inklusive sind auch die Folgeberatungen, die nach

zwölf Monaten erfolgen müssen.

Neu ist auch eine Erlaubnispflicht für Betreiber: Dazu gehört der Betrieb von Prostitutionsstätten (z. B. Bordelle), die Bereitstellung von Prostitutionsfahrzeugen, die Durchführung von Prostitutionsveranstaltungen und das Betreiben einer Prostitutionsvermittlung (z. B. Escort-Service).

### **Zwölf Erlaubnisse angefragt**

Bis Ende 2019 haben insgesamt zwölf Betriebe eine Erlaubnis beantragt. Neun Erlaubnisse hat die Ordnungsbehörde des Kreises erteilt. Zwei haben zwischenzeitlich das Gewerbe abgemeldet. Derzeit gibt es demnach noch sieben Prostitutionsstätten mit der erforderlichen Erlaubnis. PK | PKU

---

**Aktion Mensch fördert  
Lieferservice der AWO für  
Menschen mit Behinderung**



Mitarbeiterin Saskia Prange (2. v. .l.) und ihre Kolleginnen und Kollegen werden in den nächsten Wochen den Einkaufsservice aufbauen. Darüber freuen sich auch Wolfgang Rickert (1. v.l.) und DasDies-Geschäftsführer Maciej Kozłowski (3. v. l.) mit weiteren Vertretern der AWO Ruhr-Lippe-Ems.

Eine erfreuliche Nachricht hat die Verantwortlichen der DasDies Service GmbH erreicht. Das Inklusionsunternehmen der AWO Ruhr-Lippe-Ems kann sich über eine Förderung der Aktion Mensch für den Aufbau eines Bestell- und Lieferservice für Menschen mit Behinderung freuen. Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie bietet die DasDies Service GmbH seit Mitte April in einem kleineren Umfang einen Einkaufsbringdienst für Menschen mit Behinderung an. „Wir wollten mit dem Service unseren oftmals gesundheitlich vorbelasteten Kunden eine konkrete Hilfe anbieten, um Ansteckungsmöglichkeiten zu minimieren“, erläutert DasDies-Geschäftsführer Maciej Kozłowski.

Mit der Förderung aus dem Corona-Soforthilfe-Programm der

Aktion Mensch soll der Bestell- und Lieferservice in den nächsten Wochen ausgebaut und professionalisiert werden, um mehr Menschen mit Behinderung kreisweit zu erreichen. Angedacht ist unter anderem eine Internetplattform mit einer Warenkorb-Funktion, auf der Kunden ihre Einkäufe einfach online auswählen und bestellen können. Im Anschluss werden die Einkäufe direkt ausgeliefert.

„Wir sind sehr dankbar für die Förderung durch die Aktion Mensch. Wir können für die Menschen da sein, die in dieser Krisenzeit in ganz besonderem Maß auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind.“, freut sich Wolfgang Rickert als Vorsitzender der Gesellschafterversammlung. „Darüber hinaus ergibt sich dadurch die Möglichkeit, dauerhaft ein gutes Unterstützungsangebot zu etablieren.“

Interessierte für den Bestell- und Lieferservice können sich gerne telefonisch unter 02307 71991-12 oder per E-Mail unter [sekretariat@dasdies.de](mailto:sekretariat@dasdies.de)<<mailto:sekretariat@dasdies.de>> informieren.

---

## **800 Beschäftigte im Kreis Unna – Corona-Infektionen in Schlachthöfen: NGG fordert regelmäßige Kontrollen**





Knochenjob: In der Schlachtung und Fleischverarbeitung arbeiten viele Menschen aus Osteuropa für Subunternehmen. Die Gewerkschaft NGG kritisiert die prekären Wohn- und Arbeitsbedingungen – und fordert mehr staatliche Kontrollen in der Branche. Foto: NGG

2,29 Euro für ein Pfund Rinderhack: Mit solchen Preisen werben in dieser Woche Supermärkte im Kreis Unna – obwohl die Corona-Krise die Herstellung von Fleisch und Wurst eigentlich viel teurer machen müsste. Darauf weist die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) hin. „Bei der Schlachtung und Zerlegung herrscht seit Jahren ein knallharter Dumping-Wettbewerb – besonders zum Start der Grillsaison. Wohin dieser Preiskampf führen kann, zeigen die jüngsten Corona-Ausbrüche in Coesfeld und anderen Schlachthöfen“, sagt Torsten Gebehart, Geschäftsführer der NGG-Region Dortmund.

Es sei gut, dass die NRW-Landesregierung nun alle Fleisch-Beschäftigten auf Corona testen und die Sammelunterkünfte durch die Gesundheitsämter kontrollieren lassen wolle. „Aber



das darf keine einmalige Aktion sein. Aktuell geht es um das Virus. Um die Gesundheit der Beschäftigten aber auch künftig zu schützen, muss die Fleischbranche regelmäßig vom Staat in den Blick genommen werden“, so Gebehart. Dies müsse wesentlich intensiver geschehen als bislang. Zwar habe das Land NRW den Arbeitsschutz in der Fleischindustrie schon im Oktober vergangenen Jahres schwerpunktmäßig kontrolliert. Trotzdem sei es jetzt zu diesen fatalen Corona-Infektionsfällen gekommen. „Hier muss also deutlich mehr passieren“, fordert Gebehart. Im Kreis Unna beschäftigt die Fleischwirtschaft nach Angaben der Arbeitsagentur 800 Menschen. In ganz Nordrhein-Westfalen arbeiten knapp 30.000 Beschäftigte in der Branche – viele osteuropäische Werkvertragsarbeitnehmer in Subunternehmen nicht mitgerechnet.

Der Gesundheitsschutz der Beschäftigten sei bei den Ramsch-Angeboten offenbar nicht eingepreist, kritisiert die NGG – „vom Tierwohl ganz zu schweigen“. Nach Informationen der Gewerkschaft hat die Arbeitsbelastung in den Schlachthöfen im Zuge der hohen Fleischnachfrage des Einzelhandels zuletzt stark zugenommen. „12-Stunden-Schichten sind in vielen Betrieben gang und gäbe. Es trifft vor allem die Werkvertragsbeschäftigten aus Osteuropa, die über Subunternehmen angestellt sind“, so Gebehart. Die lange, körperlich harte Arbeit in der Schlachtung und die Zerlegung geschlachteter Tiere mache die Menschen anfälliger für Erkrankungen und schwäche ihre Widerstandskraft. Auch das sei ein Aspekt, der bei Covid-19-Infektionen nicht unter den Tisch fallen dürfe.

Hinzu komme die Unterbringung. „Während überall Abstandsregeln und Kontaktsperren gelten, wohnen in den Gemeinschaftsunterkünften oft bis zu sechs Osteuropäer in einer 60-Quadratmeter-Wohnung. Dafür ziehen die Subunternehmer dann aber jedem Einzelnen auch noch 250 Euro vom ohnehin kargen Lohn ab“, berichtet Gebehart. Vor allem die Gesundheitsämter müssten die Unterkünfte von Beschäftigten

wesentlich intensiver ins Visier nehmen. Hier brüte überall im Land eine enorme Corona-Gefahr, so die NGG.

Die Gewerkschaft fordert die Fleischhersteller dazu auf, den Gesundheitsschutz „absolut ernst“ zu nehmen. Sie stünden in der Verantwortung, auch bei ihren Subunternehmen für faire Arbeitsbedingungen und eine ordentliche Unterbringung zu sorgen. „Dabei ist klar: Sicherheit ist nicht zum Nulltarif zu haben. Dumpingpreise können schon deshalb nicht funktionieren. Fleisch darf keine Ramschware sein – nicht in normalen Zeiten und schon gar nicht in der Pandemie“, so Gebehart.

Um die Zustände in der Fleischwirtschaft dauerhaft zu verbessern, müssten aus Werkverträgen reguläre Jobs werden – bezahlt zu einem fairen Branchenmindestlohn, so die NGG. „Außerdem brauchen wir eine bessere Nachunternehmerhaftung, damit prekäre Arbeitsbedingungen und unwürdige Unterkünfte auch beim letzten Subunternehmen ausgeschlossen sind“, betont Gebehart.

---

## **„Spiel ohne Grenzen“ im Stadtteil Overberge wird abgesagt!**

Nach der traurigen Nachricht über den Tod des Hauptausrichters, Ortsvorsteher Uwe Reichelt, hat sich der erweiterte Organisatorenkreis darauf verständigt, das sog. Spiel der Vereine für dieses Jahr ersatzlos abzusagen.

Die beliebte Veranstaltung – von Uwe Reichelt im Bergkamener

Jubiläumsjahr 2016 ins Leben gerufen – hätte dieses Jahr zum dritten Mal auf dem Rasensportplatz im Bergkamener Stadtteil Overberge unter Beteiligung etlicher Vereine stattgefunden. Im Vordergrund dieser Veranstaltung standen nicht nur Punkte und Siege, sondern der Spaß und vor allem das Miteinander.

---

## **Im Kreis Unna arbeiten 750 Menschen in der Branche: Beschäftigte in der Landwirtschaft müssen um Zusatzrente bangen**



Jeden Morgen früh füttern, aber jetzt selbst auf Diät: Wer in der Landwirtschaft arbeitet, muss künftig um die Zusatzrente fürchten. Davor warnt die Agrar-Gewerkschaft IG BAU. Foto: IG BAU

Sie sind bei Wind und Wetter draußen auf dem Feld – bleiben beim Thema Rente aber jetzt im Regen stehen. Für die 750 Menschen, die im Kreis Unna in der Landwirtschaft arbeiten, steht die betriebliche Zusatzrente auf dem Spiel. Davor warnt die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU). Der Grund: Die Arbeitgeber haben den Tarifvertrag zur betrieblichen Altersvorsorge zum Jahresende gekündigt.

„Wer Kühe melkt oder Äcker pflügt, hat meist nur ein geringes Einkommen. Um im Alter nicht in die Armut zu rutschen, sind die Beschäftigten dringend auf die Zusatzrente angewiesen“, sagt Friedhelm Kreft. Der Bezirksvorsitzende der IG BAU Westfalen Mitte-Süd ruft die Arbeitgeber dazu auf, die Kündigung zurückzunehmen. Die betriebliche Extra-Rente sei eine „enorm wichtige Säule“ in der Altersvorsorge. „Ein Sparen an der Zusatzrente ist ein Sparen am falschen Ende. Denn ohne solche Anreize wird die Suche nach Personal für landwirtschaftliche Betriebe noch schwieriger als bisher“, betont Kreft. Zwar hätten Gewerkschaftsmitglieder nach aktuellem Stand auch über 2020 hinaus Ansprüche auf den Renten-Tarifvertrag. Die IG BAU fordert jedoch eine verpflichtende Lösung für alle Beschäftigten in der Landwirtschaft.

Die Betriebsrenten werden vom Zusatzversorgungswerk für Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft (ZLF) organisiert. Die Zahlung ist ein Muss für alle landwirtschaftlichen Betriebe. Denn die Regelung wird vom Bundesarbeitsministerium für allgemeinverbindlich erklärt. Für einen Beschäftigten macht die Extra-Rente nach 40 Beitragsjahren aktuell 52 Euro im Monat aus.

Weitergehende Infos erhalten Beschäftigte in der



Landwirtschaft bei IG BAU-Branchensekretär Jens Zimmermann  
unter 0151 72 31 36 01.

---

# **AWO im Kreis Unna: Hoffungsbriefe für Menschen in den Seniorenzentren**



An der AWO Kita Gänseblümchen in Kamen-Methler wurden jetzt weitere Briefe und Basteleien für ältere Menschen abgeholt. Karin Schäfer (2. v.l.) und Jörg Theis (1. v.r.) wollen mit der Aktion Hoffungsbriefe dazu beitragen, dass „alles gut wird“ und werden dabei von Einrichtungsleiterin Alexandra Möller und AWO Geschäftsführer Rainer Goepfert unterstützt.

Menschen in Alten- und Pflegeheimen können zurzeit wegen der



Corona-Pandemie keinen Besuch bekommen. Die AWO in Kamen hat daher die Aktion „Hoffnungsbriefe“ aufgegriffen. Gemeinsam mit dem AWO Kreisverband wird die Aktion nun kreisweit umgesetzt. Ehrenamtliche und Hauptamtliche, Groß und Klein, sind aufgerufen, Briefe und Postkarten zu schreiben oder Bilder zu malen. So bekommen Bewohnerinnen und Bewohner Post – als Zeichen der Zuversicht in dieser schwierigen Zeit. In der AWO Geschäftsstelle in Kamen sind in kurzer Zeit rund 200 Briefe, Bilder und Basteleien eingegangen.

„Alle Menschen sind belastet durch die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen. Aber gerade die älteren Menschen leiden unter der Isolation. Diese Menschen versuchen wir als AWO vor allem im Blick zu behalten und sie zu unterstützen“, erklären die AWO Kreisverbandsvorsitzende Karin Schäfer und der AWO Stadtverbandsvorsitzende Vorsitzende Jörg Theis.

Wer sich beteiligen möchte, kann den Brief einfach an folgende Adresse senden:

AWO Kreisverband Unna

„Aktion Hoffnungsbriefe“

Unnaer Straße 29a

59174 Kamen

Die Briefe werden dann an ältere Menschen in den Seniorenzentren weitergegeben.